

## Zusammenlegung der Grundschulen

### Erstaunen über die Entscheidung

Zum Artikel „Vor allem an die Kinder denken“ vom 1. März erreichten uns folgende Leserbriefe:

Keines der wiederholt von der Gemeinde vorgebrachten Argumente war in der Sache überzeugend, geschweige denn so gewichtig, dass es den weitreichenden Beschluss rechtfertigen könnte, zwei etablierte und gut funktionierende Grundschulen zusammenzulegen und damit die Freiheit der Wahlmöglichkeit zwischen zwei guten Schulen vor Ort zu bringen. Denn es ist kaum zu erwarten, dass die Inklusionsarbeit an einer größeren Schule bei gleicher (oder schlechterer) Personal-Schüler-Relation bessere Ergebnisse erbringen könnte, als gegenwärtig am kleineren und persönlicheren System Borndalschule, zumal hier in diesem Bereich seit langer Zeit erfolgreiche Arbeit geleistet wird. Auch ist nicht nachvollziehbar, wieso die Zusammenlegung der Grundschulen plötzlich die einzige Lösung für das seit Längerem bestehende

Problem zu geringer Kapazitäten der Übermittags- und Nachmittags-Betreuung sein soll. Und warum die Gemeinde in Bezug auf schwankende Anmeldezahlen hier einen Handlungsbedarf ausmacht, den weder die Schulen noch die Eltern als unmittelbar Betroffene artikulieren, erschließt sich ebenfalls nicht.

Bleibt also die Frage, was der Rat in dem mehrfach betonten sorgfältigen Abwägungsprozess eigentlich gegeneinander abgewogen hat, insbesondere, weil Rat und Gemeinde auch vehement dem Vorwurf entgegengetreten, dass offenbar vorrangig personal- und verwaltungstechnische Gründe eine Rolle gespielt hätten. Eine Antwort auf diese Frage ist man in der vergangenen Woche erneut schuldig geblieben und genau das ist das Problem in der aktuellen Diskussion.

Dass der Vorstoß der Grünen, den Ratsbeschluss auszusetzen und neu zu diskutieren von den anderen Fraktionen unter anderem mit dem Verweis, man entscheide nicht nach aktueller Stimmungslage öffentlichkeitswirksam als Populismus abgetan worden ist, mag zu den Mechanismen

der Politik gehören. Der Sache dienlich ist es nicht. Ebenso wenig wie die zurückliegende Informationsveranstaltung der Gemeinde, in der vor allem rechtliche und planerische Aspekte ausgewälzt wurden, statt den offenkundig vorhandenen Fragen und Einwänden der Anwesenden den nötigen Raum und die geforderten Antworten zu geben und in einen ernsthaften Dialog zu treten. Ein solcher wäre zwischen der Gemeinde und den Betroffenen nämlich nötig, und zwar ehrlich und ergebnisoffen. Das Engagement der Eltern hierzu ist zweifellos vorhanden. Die Bereitschaft der Politik auch?

**Tobias Müller  
Kampstiege 15  
Altenberge**

### Politische Landschaftspflege

Am 15. Juni 2015 hat der Rat der Gemeinde auf Antrag der CDU entschieden, die Johannesschule zu schließen. Die Entscheidung fiel, ohne dass ein pädagogisches Konzept mit seinen räumlichen und finanziellen Anforderungen vorhan-

den war. Gewiss war damals nur, dass pädagogische Handlungsmöglichkeiten beschnitten wurden und das Gelände anderweitig verwendet werden konnte.

Die vom Bürgermeister am 27. Februar ausgebreiteten „Argumente“ zur Schließung der Johannesschule wurden von Eltern und Bezirksregierung eindrücklich als Scheinargumente entlarvt. Als ein Vater den Bürgermeister fragte, ob er an dem Beschluss festhalten und den Wunsch der Eltern, die Johannesschule nicht zu schließen, zurückweisen würde, antwortete er: ja, das würde er. Wieso stößt er die Eltern in der Sorge um ihre Kinder dermaßen vor den Kopf?

Wissen CDU und CDU-Bürgermeister nicht mehr, wie das politische Geschäft funktioniert? Warum um alles in der Welt provozieren sie Eltern, indem sie an ihrem sachlich nicht begründeten Beschluss festhalten und indem sie den Eltern vorhalten, sich aus Desinteresse 2015 nicht in den Entscheidungsprozess eingebracht zu haben, was von den Elternsprechern ohne Entgegnung des Bürgermeisters widerlegt wur-

de? Weshalb verscherzen es sich diese Partei und der Bürgermeister mit den Eltern in einer derart groben und irrationalen Weise?

Die Wahrheit ist, dass CDU und Bürgermeister alles andere als irrational handeln. Im Gegenteil. Sie agieren zielgerichtet, logisch und eiskalt. Die Interessen, die diese Partei fördert, sind allerdings nicht die Interessen von Schülern und Eltern. Wessen Interessen sind es dann? Eine Antwort liefern die Diskussionen im Bau- und Planungsausschusses, wo inzwischen sichtbar wird, wer begünstigt wird. Es sind diejenigen, die künftig auf dem Gelände der Johannesschule ihr Geschäft machen. Kindern wird Schulraum genommen, Investoren ein Bauplatz offeriert. Und wir können vermutlich in absehbarer Zeit lesen, dass der Bürgermeister wieder einmal ein Gebäude – vorzugsweise ein sogenanntes Mehrgenerationenhaus – , anlässlich des Richtfestes auf dem Gelände der ehemaligen Johannesschule zur Visitenkarte von Altenberge erklärt.

**Dr. Theo Weigel  
Königsstr. 13  
Altenberge**

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

### Quelle

**Verlag** : Westfälische Nachrichten  
**Publikation** : Steinfurt  
**Ausgabe** : Nr.57  
**Datum** : Freitag, den 08. März 2019  
**Seite** : Nr.21

 ZURÜCK  50%  DRUCKEN SCHLIESSEN

## Falscher Name

**ALTENBERGE.** Bei der Be-  
richterstattung über den  
Leserbrief wegen der Zu-  
sammenlegung der Grund-  
schulen ist bei der Na-  
mensgebung eines der  
Briefschreiber ein Irrtum

unterlaufen. Der Leserbrief  
„Politische Landschaftspfle-  
ge“ wurde von Gerhard  
Weigl aus Altenberge ver-  
fasst und nicht wie ange-  
geben von Theo Weigel.  
Wir bitten um Nachsicht.

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

### Quelle

**Verlag** : Westfälische Nachrichten  
**Publikation** : Steinfurt  
**Ausgabe** : Nr.58  
**Datum** : Samstag, den 09. März 2019  
**Seite** : Nr.21